Bildungsketten wirksam knüpfen!

MANFRED KREMER,
Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Bonn

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist ein Charakteristikum und zugleich eine strukturelle Schwäche des deutschen Bildungssystems, dass Bildungseinrichtungen ihren Auftrag vor allem im Erreichen von Abschlüssen sehen. Um deren Anschlussfähigkeit und den weiteren Verbleib der Lernenden in weiterführenden Bildungsgängen oder auf dem Arbeitsmarkt kümmern sie sich hingegen kaum. Dies wird zu einer Aufgabe der Arbeitsverwaltung, der Bildungsberatung oder letztlich des Einzelnen selbst. Dabei wäre eine rechtzeitige Orientierung an den Anforderungen der „aufnehmenden Systeme" und eine bessere Gestaltung der Übergänge ein wichtiges, outcome-orientiertes Qualitätsmerkmal.

Funktionale Schwächen des Bildungs- und Fördersystems beheben

Eine der leitenden Ideen in vielen Reformkonzepten ist deshalb zu Recht die Kooperation und Vernetzung – sowohl der Akteure als auch der Bildungsangebote. Damit verbindet sich die Hoffnung, die Schwächen eines institutionell „versäulten" Bildungswesens und eines wenig abgestimmten und kaum noch überschaubaren Systems der Finanzierung und Förderung von Bildungsangeboten, zumindest partiell, zu heilen. Dies ist – betrachtet man die Landschaft der Berufsbildungsnetzwerke auch über die in diesem Heft dargestellten Initiativen hinaus – die zentrale Antriebsfeder für die Vernetzung auf kommunaler und regionaler Ebene.

Dabei geht es zumeist um ein gemeinsames Verständnis der Netzwerkakteure von ineinandergreifenden Bildungsphasen, die ein erfolgreiches kontinuierliches Lernen im Lebensverlauf strukturell fördern und unterstützen. Zudem soll eine stärkere Abstimmung, Verknüpfung und effizientere Nutzung regionaler Bildungsangebote und -kapazitäten erreicht werden, so etwa von schulischer, außerbetrieblicher und betrieblicher Berufsausbildung oder von betrieblicher und nichtbetrieblicher beruflicher Weiterbildung oder von beruflicher Bildung und Hochschulbildung. Eine große Bedeutung kommt dabei auch der Entwicklung und Umsetzung von regionalen Finanzierungs- und Förderstrategien „aus einem Guss" zu.

Allgemeiner und abstrakter ausgedrückt geht es darum, eine bessere vertikale und horizontale Durchlässigkeit der Bildungsphasen und Bildungsbereiche zu erreichen. Ziel ist es, Bildungsumwege und unproduktive Warteschleifen zu verhindern und stattdessen „Bildungsketten" zu knüpfen, um die Verschwendung von Lebenszeit, wenig effizienten Ressourceneinsatz und gescheiterte Bildungsverläufe möglichst zu vermeiden. Die Öffnung des Bildungswesens für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld in der Region ist dabei eine Grundvoraussetzung.

Reibungsverluste vermeiden – Win-win-Situationen herstellen

Aus der Berufsbildungsperspektive sind insbesondere die Netzwerke, die sich ein verbessertes regionales Management sowohl des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung als auch der regionalen Konzepte des kontinuierlichen beruflichen Lernens zum Ziel gesetzt haben, besonders wichtig. Ein Ziel ist dabei nahezu immer auch die Verringerung der in einem stark gegliederten und „versäulten" Bildungssystem auftretenden Reibungs- und Effizienzverluste an den Schnittstellen von Bildungsphasen und Bildungsbereichen.

Charakteristisch für erfolgreiche Netzwerke ist die Erzeugung von Win-win-Situationen, in denen alle beteiligten Individuen, Akteure und Institutionen von den Synergieeffekten eines kooperativen und abgestimmten Vorgehens profitieren. Das sind:

- die Individuen, deren Erfolg beim Zugang und beim Durchlaufen von

Bildungsgängen aufgrund regionaler, sozialer oder individueller Faktoren gefährdet ist; ihre Bildungsverläufe sollen bruchloser und erfolgreicher gestaltet werden;
- die Betriebe, deren Fachkräftebedarf quantitativ und qualitativ passgenauer entsprochen werden soll,
- die Bildungseinrichtungen, die ihre Aufgaben zielgenauer und effizienter erreichen wollen, und nicht zuletzt
- die in den Verbänden, Verwaltungen und politischen Institutionen verantwortlichen Akteure, die ihre jeweiligen Aufträge mit einem in Netzwerken organisierten abgestimmten Vorgehen deutlich besser erfüllen können.

Der Aufbau und die Erprobung von Bildungsnetzwerken – insbesondere auch von Berufsbildungsnetzwerken – werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung deshalb zu Recht seit langem gefördert. Aktuelle Beispiele sind entsprechende Projekte aus den in der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung gebündelten BMBF-Programmen „Jobstarter" (www.jobstarter.de), „Perspektive Berufsabschluss" (www.perspektive-berufsabschluss.de) und „Lernen vor Ort" (www.lernen-vor-ort.info). Das BMBF greift mit diesen Programmen und Projekten Empfehlungen des „Innovationskreises Berufliche Bildung" auf.

Kooperation und Vernetzung müssen selbstverständlich werden!

Betrachtet man die auch in früheren BMBF-Programmen geförderten sowie auf Initiative von Ländern, Kommunen, Kammern, Sozialparteien u. a. entstandenen und erfolgreichen Berufsbildungsnetzwerke, ist man geneigt festzustellen, dass wir inzwischen sehr genau wissen, wie Netzwerke beschaffen sein müssen, um reibungslosere und erfolgreichere Bildungsverläufe zu ermöglichen. Leider werden diese Erkenntnisse noch keineswegs im notwendigen Umfang oder gar flächendeckend umgesetzt. Insofern ist es zu begrüßen und notwendig, dass insbesondere das BMBF mit seinen Programmen die Erprobung und Verbreitung erfolgreicher Netzwerkkonzepte weiterhin in erheblichem Umfang unterstützt. Allerdings muss man auch Wasser in den Wein gießen und einige wohlwollend-kritische Fragen stellen.

Warum ist z. B. die Organisation eines kooperativen regionalen Übergangsmanagements, die Bündelung regionaler Berufsbildungskapazitäten zum Ausgleich regionaler Ausbildungsplatzdefizite sowie ein abgestimmter und passgenauer Einsatz der Förderinstrumente und -systeme keine gesetzliche Pflichtaufgabe z. B. der Kommunen? Natürlich ist es richtig, dass Kooperation nicht erzwungen werden kann, sondern Freiwilligkeit und gleichberechtigte Partnerschaft für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der lokalen Akteure voraussetzt. Eine Verpflichtung der Kommunen sicherzustellen, dass in allen Regionen optimale Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für diese Zusammenarbeit und Abstimmung geschaffen werden, könnte gleichwohl hilfreich sein.

Zumindest für die Gruppe junger Menschen mit sozialen Benachteiligungen bietet § 13 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII – Kinder und Jugendhilfe) eine rechtliche Grundlage. Demnach sind im Rahmen der Jugendhilfe und in Abstimmung mit Schulverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit, Trägern betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie Trägern von Beschäftigungsangeboten Maßnahmen zur Berufsorientierung, -vorbereitung und -ausbildung zu fördern.

Natürlich ist es gut, wenn Netzwerke dazu beitragen, dass allgemeinbildende Schulen, berufsbildende Schulen, Betriebe und Berufsbildungseinrichtungen bei der Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung zusammenarbeiten. Gerade deshalb kann man aber fragen, warum die Länder die Schulen nicht zu dieser Zusammenarbeit verpflichten. Und selbstverständlich ist es gut, wenn Berufsbildungsträger, die Maßnahmen der Arbeitsagenturen anbieten, in lokale Netzwerke eingebunden sind. Deshalb muss man fragen, warum bei der Ausschreibung für die Vergabe dieser Maßnahmen die regionale Einbindung und Vernetzung kein zentrales Kriterium ist.

Mehrwert durch Netzwerke erzeugen

Noch grundsätzlicher ist die Frage, ob es vernünftig ist, dass die Netzwerkakteure vor Ort mit hohem Aufwand und Engagement dafür sorgen müssen, dass die Verwerfungen, Verschleifungen und Reibungsflächen, die unser Bildungssystem produziert, mindestens teilweise kompensiert werden. Natürlich ist es gut, dass Netzwerke einen Teil dieser Defizite ausgleichen. Noch besser wäre es aber, die strukturellen Ursachen zu beseitigen, die zum Beispiel dazu führen, dass ein erheblicher Anteil der Schulabsolventen nicht die für eine Berufsausbildung notwendigen Basiskompetenzen und Orientierungen erwirbt.

Die Liste dieser Fragen ließe sich sicher noch verlängern. Damit sollen Bedeutung und Wert der vielen erfolgreich arbeitenden Netzwerke keineswegs in Frage gestellt werden. Es wäre aber wünschenswert, wenn die Arbeit von Netzwerken sich weniger auf die „Reparatur" von Defiziten als vielmehr auf die Erzeugung eines Mehrwerts – wie zum Beispiel der Entwicklung einer Ausbildungskultur in neuen und wachsenden Beschäftigungsfeldern – richten könnte. Mit anderen Worten: Kooperation und Vernetzung müssen selbstverständlich werden. Sie müssen Teil der Aufgabenwahrnehmung sein und kein Appendix, an dem man so lange mitwirkt, wie es dafür Fördermittel gibt. ■